

**Michael Löwy:**  
**Internationalismus und**  
**Nationalismus: kritische Essays zu**  
**Marxismus und »nationaler Frage«.**  
 Mit einem Beitrag von  
 Enzo Traverso, ISP Köln 1999,  
 202 S. (29,80 DM)

Dieses Buch ist zweifellos eine Rarität unter den Publikationen zur nationalen Frage, die in letzter Zeit den deutschsprachigen Büchermarkt überschwemmen. Seit nicht mehr zu kaschieren war, daß die angeblich »leninsche« Nationalitätenpolitik der stalinistischen und poststalinistischen Sowjetunion nicht nur keine Lösung der nationalen Frage im einstigen Völkergefängnis der Zaren gebracht, sondern nach kurzer Unterbrechung in den zwanziger Jahren hinter pseudosozialistischer Fassade die Assimilierung aller Nichtrussen noch zielstrebig und teilweise auch brutaler weiter betrieben hat, ist ein merkwürdiges Phänomen zu beobachten.

Sieht man einmal von den selbsternannten »linken Antinationalisten« unterschiedlicher Couleur ab, die Nationen und Nationales für »kollektive Halluzinationen« halten, tun sich auch Linke, die sich ernsthaft mit dieser heiklen Materie beschäftigen, schwer mit den marxistischen Versuchen, eine theoretisch stichhaltige und vor allem praktikable Konzeption zu entwickeln. Da die Bekundungen von Politikern und Ideologen »realsozialistischer« Vielvölkerstaaten, die Beziehungen zwischen den Nationalitäten ihrer Länder seien entsprechend den »Lehren der Klassiker« befriedigend geregelt, sich nunmehr als Mischung von Verlogenheit und Selbsttäuschung entpuppt haben, läßt sich offenbar so mancher zu dem Trugschluß verleiten, eine Beschäftigung mit den vorgeblichen theoretischen Grundlagen der gescheiterten Politik erübrige sich. Selbst *Eric J. Hobsbawm* nennt zwar in seinem bekannten Werk »Nationen und Nationalismus« mehrfach Autoren wie *Karl Marx*, *Friedrich Engels*, *Otto Bauer*, *Karl Renner*, *Karl Kautsky*, *Rosa Luxemburg*, *Wladimir Lenin* und *Josef Stalin*, zitiert gelegentlich auch einige von ihnen, geht aber nicht näher auf ihre Konzeptionen ein.

Die kritische Auseinandersetzung mit diesen Auffassungen aber ist das Hauptanliegen der hier zu besprechenden als »Kapitel« bezeichneten und teilweise bereits in anderssprachigen Publikationen abgedruckten »Essays«. In den Kreis der Begründer marxistischer Konzeptionen einer Lösung der nationalen Frage beziehen *Löwy* und *Traverso* neben den auch von *Hobsbawm* genannten noch *Leo Trotzki* und die *Bauer*-Kritiker *Anton Pannekoek* und *Josef Strasser* ein.

Im ersten Beitrag (S. 13 - 24) geht es um den philosophischen Hintergrund des Internationalismus der »Kosmopoliten« *Marx* und *Engels*. Auch der zweite, von beiden Verfassern gemeinsam geschriebene Artikel (S. 25 - 44) behandelt, wie im Vorwort des Bandes formuliert, »Unzulänglichkeiten« der Begründer des Marxismus in der nationalen Frage. Dabei ist eine gewisse Tendenz nicht zu verkennen, auch die größten Verirrungen, etwa die Einstellung zu den »geschichtslosen Völkern«, wenn schon nicht zu rechtfertigen, so doch in einem milderen Licht erscheinen zu lassen, weil ja auch die »geschichtlichen Völker« (Franzosen, Deutsche, Engländer) ihren Anteil an »abschätzigen Bemerkungen« abbekommen hätten. Andererseits bleibt unerwähnt, daß sich *Engels*, dessen zeitweilig abgrundtiefe Verachtung speziell der nach seiner Überzeugung »im Interesse des Fortschritts« zur Germanisierung verurteilten Tschechen keineswegs nur als Jugendsünde abgetan werden kann, im reifen Alter zu der Einsicht durchringt, die er am 30. August 1892 dem Mitbegründer und führenden Mitglied der österreichischen sozialdemokratischen Partei *Victor Adler* mitteilte (Bd. 38, S. 445): »Das Zusammenwirken mit den Tschechen ist auch politisch eine Notwendigkeit. Die Leute sitzen mitten in Deutschland, wir sind an sie gebunden, wie sie an uns, und wir haben alles Interesse daran, da nicht ein jungtschechisch-russisch-panslawistisches Nest draus werden zu lassen ... Und da die Leute ja quoad nationale Autonomie auf tschechischem Gebiet (Hervorhebung mittels Kursivs von Engels - R. L.) alles von uns bekommen können, was sie wollen und brauchen, hat's auch keine Gefahr. (Du siehst, ich operiere in dieser Beziehung immer ohne Rücksicht auf die momentane politische Trennung von Deutschland.)«

Das 1974 als Einleitung zu einer französischen Anthologie mit Texten zur nationalen Frage verfaßte Kapitel 3 (S. 45-86) enthält unter dem Titel »Die Marxisten und die nationale Frage« vier Abschnitte, die jeweils *Marx* und *Engels*, *Rosa Luxemburg* und *Trotzki*, *Renner* und *Bauer* sowie *Stalin* (so die Reihenfolge) und *Lenin* gewidmet sind. Im ersten Abschnitt wiederholt sich verständlicherweise vieles aus den beiden ersten Kapiteln. Das Resümee zu *Marx*, gleich zu Beginn gegeben, lautet: »Bei *Marx* findet sich weder eine systematische Theorie der nationalen Frage, d. h. eine präzise Definition des Begriffs »Nation«, noch eine allgemeine politische Strategie für das Proletariat auf diesem Gebiet.«

Die Zusammenfassung der Konzeptionen von *Rosa Luxemburg*, *Trotzki*, *Pannekoek* und *Strasser* unter der Überschrift »Die radikale Linke gegen den nationalen Separatismus« ist nicht stringent. Denn *Rosa Luxemburgs* Theorien zur nationalen Frage beruhen nach *Löwys* Auffassung auf »vier grundlegenden theoretischen, methodologischen und politischen Irrtümern«: 1. Das ökonomisch von Rußland abhängige Polen könne nicht politisch unabhängig sein; 2. Da *Rosa Luxemburg* in der Nation im wesentlichen ein kulturelles Phänomen sah, plädierte sie lediglich für die »freie kulturelle Entwicklung« der Minderheiten, verweigerte ihnen aber das Recht der politischen Selbstbestimmung; 3. Sie unterschätzte allgemein die revolutionäre Potenz nationaler Bewegungen unterdrückter Völker; 4. Sie verstand nicht, daß nationale Befreiung auch der Wunsch des Proletariats ist.

*Trotzkis* Argumentation sei anfangs »etwas konfus«, doch sei er stets für das Recht auf Selbstbestimmung eingetreten, und 1917 habe er sich die leninistische Auffassung zu eigen gemacht.

*Pannekoek* und *Strasser* hätten den absoluten Vorrang der Klasseninteressen vor nationalen Interessen betont. *Bauers* »kantianisches und nichtmaterialistisches« nationales Programm hätten sie für im Kapitalismus nicht realisierbar gehalten.

*Renners* und *Bauers* Auffassungen werden unter der Überschrift »Das austromarxistische Zentrum und die kulturelle Autonomie« zusammengefaßt. Beide hätten den Separatismus abgelehnt, wenn auch aus »fast diametral

entgegengesetzten« Gründen. *Renner* sei es in erster Linie darum gegangen, den einheitlichen österreichisch-ungarischen Staat durch Zugeständnisse an die nationalen Minderheiten zu retten. Die Beurteilung *Bauers* ist extrem kritisch. Der Begriff des Nationalcharakters sei »rein metaphysisch und neukantianischen Ursprungs«. (Eine »ausgewogenere« Einschätzung *Bauers* enthält, wie *Löwy* im Vorwort des Bandes selbst vermerkt, Kapitel 4, worauf noch zurückzukommen ist.)

Die Überschrift des vierten Abschnittes »Lenin und das Recht auf Selbstbestimmung« erfaßt treffend das Wesen des Beitrags der Bolschewiki zur Schaffung der Grundlagen einer Konzeption zur Lösung der nationalen Frage in Rußland. Die weiteren Ausführungen verdeutlichen aber auch, daß *Stalin* von dieser Grundfrage nicht erst abwich, als er sich die absolute Macht in der KPdSU und im Sowjetstaat erschlichen hatte. Schon sein Aufsatz »Marxismus und die nationale Frage« offenbare wesentliche inhaltliche Unterschiede zu *Lenins* Auffassungen. So seien die Begriffe »Nationalcharakter«, »Gemeinschaft der psychischen Wesensart« oder »Besonderheiten der Geistesprägung« »in keiner Weise leninistisch«, sondern von *Bauer* entlehnt. Die Idee einer Nationalpsychologie habe »mehr mit einer oberflächlichen und vorwissenschaflichen Volkskunde als mit einer marxistischen Analyse der nationalen Frage zu tun«. Sicherlich trifft dies auf den jeweiligen konkreten Kontext dieser Formulierungen, nicht zuletzt in der allgemeinen Definition der Nation, zu. Allerdings erklärt *Stalin* (Werke Bd. 2, S. 271) auch, die »spezifische psychische Wesensart« habe sich »infolge ungleicher Existenzbedingungen von Generation zu Generation« herausgebildet. Natürlich sei die »psychische Wesensart«, der »Nationalcharakter« (Anführungszeichen hier von *Stalin* – R. L.) an und für sich »etwas Ungreifbares«, »insofern sie aber in der Kultur ihren Ausdruck findet«, sei sie greifbar und dürfe nicht ignoriert werden. Wie die Kultur »ihren Ausdruck« findet, bleibt jedoch offen.

*Stalins* vier angeblich obligatorische Merkmale benennende Definition der Nation und insbesondere die im Original kursiv gedruckte Behauptung »Nur das Vorhandensein aller Merkmale zusammen ergibt eine Nation«,

bezeichnet *Löwy* zu Recht als ein »ideologisches Prokrustesbett«, mit dem realiter existierenden Nationen dieser Status verweigert werden kann.

Bei *Lenin* fände sich nirgends eine solche »ultimativistische, rigide und willkürliche ›Definition‹ der Nation. Man kann noch weiter gehen. Ich habe bei *Lenin* überhaupt keine Definition gefunden. Die einzige Stelle, die etwas Definitorisches anklingen läßt, lautet: »Zur theoretischen Definition der Annexion gehört der Begriff ›fremdes Volk‹, d. h. ein Volk das seine Eigenart und den Willen zur selbständigen Existenz bewahrt hat« (Werke Bd. 24, S. 433).

Im Unterschied zu *Stalin*, der sich seitelang gegen die austromarxistische Kulturautonomie ereiferte, habe *Lenin* auch in dieser Frage jedweden Dogmatismus vermieden. In der Tat beinhalteten die Ansätze zu einer echten Lösung der nationalen Frage in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution eine sinnvolle Kombination von Gebiets- und Kulturautonomie.

Schließlich habe *Stalin* keinerlei Unterschied zwischen dem russischen Großmachtchauvinismus und dem Nationalismus der unterdrückten Völker gemacht, was neben der Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung eine unabdingbare Komponente von *Lenins* Konzeption war.

Das Fazit des (wie schon erwähnt, 1974 verfaßten) Textes, betitelt »Die Lehren der Geschichte«, ist durch den weiteren Gang der Geschichte teilweise überholt. So, wenn den Basken bescheinigt wird, »an der Spitze des revolutionären Kampfes« in Spanien zu stehen, oder den Tschechen, sie hätten durch die »freiwillige Föderation mit der slowakischen Nation« ihren »eigenen Staat« begründet. Höchst aktuell ist dagegen noch immer die Warnung vor den »Viren des Großmachtchauvinismus und der opportunistischen Kapitulation vor dem bürgerlichen Nationalismus – den Viren, die von der russischen und der chinesischen Bürokratie und ihren Gefolgsleuten auf der ganzen Welt verbreitet werden«. Trotz einer völlig veränderten weltpolitischen Lage ist leider auch dieser Nachsatz, denkt man an Tschetschenien, Tibet und Ostturkestan, nicht obsolet.

Kapitel 4, überschrieben »Die Nation als Schicksalsgemeinschaft« ist der Aktualität

von *Otto Bauers* Konzeption gewidmet. Man erfährt, daß *Bauer* nach dem Scheitern seines auf die Erhaltung der Einheit Österreichs orientierten Programms der Kulturautonomie 1918 selbst dessen Unadäquatheit eingesehen und das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung akzeptiert habe. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht *Bauers* Definition der Nation. Indem er diese als Ergebnis einer »geschichtlichen Schicksalsgemeinschaft« als »das nie vollendete Produkt eines stetig vor sich gehenden Prozesses« definiere, begeben er sich »in eine unerbittliche Gegnerschaft zum nationalen Konservatismus, zu den reaktionären Mythen von der ›ewigen‹ Nation und der rassistischen Ideologie.« Der Versuch einer »vollständigen Begriffsbestimmung«, vor dem, wie *Löwy* formuliert, *Bauer* nicht »zurückschreckt«, lautet: »Die Nation ist die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen«. *Löwy* interpretiert dies im Sinne einer »inneren, in einer gemeinsamen Erfahrung wurzelnden kulturellen Einheit«. Wobei wieder offen bleibt, worin sich diese konkret äußert. Vielleicht wird man *Bauer* am ehesten gerecht, wenn man seine »Charaktergemeinschaft« dahingehend deutet, daß sich die Angehörigen einer solchen Gemeinschaft einig sind, daß sie dazugehören. Denn das ist schließlich das einzige Kriterium, das bleibt, wenn alle »objektiven« Merkmale versagen.

Die Kapitel 5 bis 7 (S. 95 - 141), von denen die ersten beiden 1989 und das letzte 1993 in Englisch erschienen, befassen sich nach *Löwys* im Vorwort geäußerter eigener Einschätzung mit der gegenwärtigen Zunahme des Nationalismus und den Möglichkeiten, daß sich ein neuer Internationalismus entwickelt. Er muß dabei einräumen, daß er »die explosive Welle interner nationaler Konflikte unter den Gemeinschaften des ehemaligen sogenannten ›sozialistischen Lagers‹ nicht vorausgesehen« habe.

*Enzo Traverso* behandelt in seinem »Sozialismus und Nation« betitelten Beitrag (S. 143 - 161) die zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter Marxisten geführte Kontroverse um die Zukunft der Nationen. Dabei zeigt sich, daß sich die Theoretiker der II. Internationale in dieser Hinsicht anders gruppierten als in der Frage der akuten politischen Lösung der nationalen

Frage. Während *Kautsky, Lenin, Stalin* und *Trotsky* entschieden für das Recht auf nationale Selbstbestimmung bis zur Lostrennung eingetreten seien, hätten *Bauer, Renner* und der Bundist Medem für national-kulturelle Autonomie plädiert, und *Rosa Luxemburg, Pannekoek* und *Strasser* sich vehement gegen jegliche Form von Separatismus gewandt. Hinsichtlich der Zukunft der Nationen ergäbe sich dagegen eine Zweiteilung. *Kautsky, Lenin, Pannekoek* und *Strasser* hätten die »Assimilation/Annullierung der Nationen in einer universalen und anationalen Gemeinschaft« nach dem Sieg des Sozialismus vorausgesagt, während *Bauer, Trotsky* und *Rosa Luxemburg* die Vision einer »Befreiung/Entwicklung« der Nationen gehabt hätten. Diese divergierenden Positionen könnten als unterschiedliche Interpretationen des Werks von *Marx* und *Engels* aufgefaßt werden, das »ausreichend verschwommen und enigmatisch« sei, um beide zu rechtfertigen. Ob dem so ist, sei dahingestellt. Auf *Lenin* trifft diese Einschätzung nur teilweise zu. Sie läßt unberücksichtigt, daß seine Auffassungen in der nationalen Frage von 1903, als er sich zum ersten Mal zu diesem Thema äußerte, bis 1917 in mancherlei Hinsicht eine grundlegende Wandlung durchmachten. So revidierte er wenige Wochen nach seinem Amtsantritt als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare seine seit 1903 immer wieder zum Ausdruck gebrachte Ablehnung des Föderalismus und bot der bürgerlichen Ukrainischen »Volksrepublik« einen Vertrag über »föderative oder ähnliche« Beziehungen an. Anfang Januar 1918 verfaßte er eine »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes«. Punkt 2 der Deklaration lautete: »Die Sowjetrepublik Rußland wird auf der Grundlage eines freien Bundes freier Nationen als Föderation nationaler Sowjetrepubliken errichtet«. Nach zweieinhalb Jahren praktischer Erfahrung als Regierungschef urteilte er in seiner berühmten Schrift »Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus« nüchtern: »... nationale und staatliche Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern werden sich ... noch sehr, sehr lange sogar nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab erhalten« (Werke, Bd. 31, S. 79).

Das in der heutigen Debatte zur Nation virulente Problem der Beziehung des Phänomens Nation zum übergeordneten des Ethnos, das in den im hier besprochenen Buch behandelten Positionen zur nationalen Frage keine Rolle spielte, wird nicht thematisiert.

Dieses kleine Defizit mindert natürlich den Wert dieser Essays in keiner Weise.

Sein Nutzen wird noch erhöht durch Erklärungen von Fremdwörtern, fremdsprachigen und seltenen Wörtern (S. 163 - 166) sowie ein petit gedrucktes Literaturverzeichnis, das nicht weniger als 27 Seiten (S. 167 - 194) umfaßt. Es enthält Publikationen nicht nur in Deutsch, Englisch und Französisch, sondern auch in Italienisch, Spanisch, Russisch, Serbisch und Jiddisch. Von *Lenins* Arbeiten werden 59 angeführt.

Den Abschluß bilden eine Sach- und Personenregister sowie editorische Notizen.

Man kann dieses interessante Buch jedem an der im Gange befindlichen Diskussion zum Nationalen Interessierten, in besonderem Maße natürlich den unmittelbar daran Beteiligten, wärmstens empfehlen.

RONALD LÖTZSCH

**Axel Tschentscher:**  
**Prozedurale Theorien**  
**der Gerechtigkeit,**  
 Nomos Verlagsgesellschaft Baden-  
 Baden 2000, 415 S. (98 DM)  
 (Bd. 24 der von Robert Alexy  
 und Ralf Dreier herausgegebenen  
 Studien zur Rechtsphilosophie  
 und Rechtstheorie)

Wir sind Zeitzeugen einer Gerechtigkeitsinflation. Leider nur in der Literatur. Wenn es in der Wirklichkeit so viel Gerechtigkeit gäbe, wie darüber Bücher in den Bibliotheken verstauben,<sup>1</sup> stünde es schlecht um die Weltverbesserer aller Spielarten. Auch Utopie kreativ könnte ihr Erscheinen einstellen. So aber taucht das Gerechtigkeitsvokabular in den Programmen aller Parteien, aller Theorien, aller Religionen auf, und niemand hält sich und seine eigene Sache für ungerecht. Ungerecht sind immer nur die anderen ...

Wer geneigt ist, des Augustinus berühmte Frage: »Was aber sind Staaten, wenn ihnen die Gerechtigkeit fehlt, anders als große Räuberbanden?«<sup>2</sup> bejahend zu beantworten, sollte wissen, daß diese Frage bloß rhetorischer Natur ist. Jedenfalls solange es keine zwingende Antwort auf die viel schlichtere Frage gibt, was denn nun eigentlich Gerechtigkeit (und Ungerechtigkeit) ist?

Man pflegt materiale und formale (d. h. inhaltsindifferente) Gerechtigkeitstheorien zu unterscheiden, und unter den formalen Theorien haben seit *John Rawls* (*A Theory of Justice*, 1971) und *Jürgen Habermas* (Faktizität und Geltung, 1992; vgl. *Utopie kreativ* 35/36, 1993, 110 - 116) die sogenannten prozeduralen Theorien den allermeisten Zulauf. *Tschentscher*, der unter materialer Gerechtigkeit eine Ergebnisergebnisgerechtigkeit und unter prozeduraler Gerechtigkeit eine Verfahrensgerechtigkeit versteht (S. 119), unternimmt es nun, ausgehend von den vier von ihm für fundamental gehaltenen Grundpositionen der politischen Philosophie (der nietzscheanischen, der aristotelischen, der hobbesianischen und der kantischen) an die dreißig verschiedene Gerechtigkeitstheorien der Gegenwart zu bilanzieren. Darunter sind die von *Alexy*, *Barry*, *Buchanan*, *Habermas*, *Hayek*, *Höffe*, *Kelsen*, *Nagel*, *Nozick*, *Rawls*, *Taylor* und *Walzer*. Im Anschluß an diese allesamt feingestochenen Kritiken werden dann mit allerhöchster Gelehrsamkeit die Grundzüge einer eigenen Diskurstheorie der Gerechtigkeit entwickelt. Mit dieser beansprucht *Tschentscher* im Ergebnis einer »kombinativen Begründungsstrategie« (S. 317), methodisch einen Mittelweg zwischen *Habermas* und *Alexy* entdeckt zu haben. Ein harter Alleinvertretungsanspruch beendet schließlich (S. 363) das ganze Gedankenspiel: Zu einer prozeduralen Gerechtigkeitsbegründung und -erzeugung gebe es keine Alternative!

Was bleibt, sind freilich die noch härteren Tatsachen. Der Autor erspart sich innerhalb seines Abstraktionsgefüges weitgehend eine Kontaktaufnahme mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Auch jeden Diskurs mit ausgemachten Linken vermeidet er. Aber da er nirgends behauptet, daß die Macht/Ohnmachtstruktur der Weltgesellschaft von heute das Ergebnis eines Gerechtigkeitsdiskurses ist, ja, da er sogar über die (nun wirklich kaum zu bestreitende) Einsicht verfügt, daß die Wirt-

schaft keinerlei Diskurscharakter aufweist (S. 357), bürdet er ausschließlich denjenigen seinen Gerechtigkeitsdiskurs auf, die wenigstens an einer sozialstaatlichen Korrektur der herrschenden Eigentums-, Einkommens- und Militärverhältnisse interessiert sind. Von anderem ganz zu schweigen.

Gewiß gehört zur Gerechtigkeit (wie zur Wahrheit) auch der Weg zu ihr, und nicht nur das Resultat. Aber alle sich aufs Prozedurale beschränkende Gerechtigkeitstheorien kaschieren eine existentielle Wahrheit: Der Diskurs über die Freiheits-, Gleichheits- und Eigentumsverhältnisse in einer Gesellschaft läßt sich eingreifend (statt folgenlos) nur unter den längst etablierten Bedingungen dieser Gesellschaft, den existenten und zudem strukturierteren Gewalten in Politik, Wirtschaft und Medien, führen. Ergo: Wer von prozeduralen Gerechtigkeitstheorien dieses Kalibers behauptet, daß es zu ihnen keine Alternative gebe, behauptet tatsächlich, daß es zum existenten Realkapitalismus keine Alternative gibt. Um sich mit solch einem Ergebnis zufrieden zu geben, bedarf es allerdings keinerlei intellektuellen Aufwands.

HERMANN KLENNER

1 Deutschsprachige Monographien des letzten Dezenniums: T. Bausch: Ungleichheit und Gerechtigkeit, Berlin 1993; A. Beier: Alternative: Soziale Gerechtigkeit Hamburg 2000; M. Brumlik: Gerechtigkeit zwischen Generationen, Berlin 1995; R. Forst: Kontexte der Gerechtigkeit, Frankfurt 1994; J. Habermas: Faktizität und Geltung, Frankfurt 1994; O. Höffe (ed.): Rawls. Eine Theorie der Gerechtigkeit, Berlin 1998; H. Hofmann: Die vergessene Gerechtigkeit, München 1997; N. Jansen: Die Struktur der Gerechtigkeit, Baden-Baden 1998; C. Jemmerling: Die Gegenwart der Gerechtigkeit, Berlin 1995; A. Kaufmann: Über Gerechtigkeit, Köln 1993; W. Kersting: Theorien der sozialen Gerechtigkeit, Stuttgart 2000; H.-J. Koch (ed.): Theorien der Gerechtigkeit, Stuttgart 1994; A. Krebs (ed.): Gleichheit oder Gerechtigkeit, Frankfurt 2000; W. Maihofer (ed.): Praktische Vernunft und Theorien der Gerechtigkeit, Stuttgart 1992; H. Monz: Gerechtigkeit bei Marx und in der hebräischen Bibel, Baden-Baden 1995; J. Müller: Demokratische Gerechtigkeit, München 1993; H. Münkler (ed.): Konzeptionen der Gerechtigkeit, Baden-Baden 1999; G. Orsi (ed.): Gerechtigkeit, Frankfurt 1993; H. Pauer: Das Andere der Gerechtigkeit, Berlin 1996; J. Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt 1990; J. Ritsert: Gerechtigkeit und Gleichheit, München 1997; Stephan Rothlin: Gerechtigkeit in Freiheit, Frankfurt 1992; B. Rüthers: Das Ungerechte an der Gerechtigkeit, Osnabrück 1991; D. Schieck: Differenzierte Gerechtigkeit, Baden-Baden 2000; M. Schmitt (ed.): Gerechtigkeitserleben, Opladen 1999; E.-M. Schwickert: Feminismus und Gerechtigkeit, Berlin 2000; J. Shklar: Über Ungerechtigkeit, Berlin 1992; S. Smid (ed.): Gerechtigkeit und Rechtsstaat, Frankfurt 1996; M. Tschirf (ed.): Was bleibt an sozialer Gerechtigkeit, Wien 2000; M. Walzer: Sphären der Gerechtigkeit, Frankfurt 1992; R. Zippelius: Recht und Gerechtigkeit, Berlin 1994. Einen historischen Gesamtüberblick bietet H. Klenner: »Gerechtigkeits-theorien in Vergangenheit und Gegenwart«, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Gesellschaft, Bd. 8 (1995), Heft 8/9, S. 91-110.

2 Aurelius Augustinus, Opera, Bd. 14/1, Paris 1955, S. 101

Leo Panitch, Colin Leys (Hg.):  
 Necessary and Unnecessary  
 Utopias. Socialist Register 2000,  
 Merlin Press Rendlesham,  
 Suffolk 1999, 297 S.

Nach *Marx* und *Engels* sind politische Utopien antizipatorische Reflexe auf gesellschaftliche Verhältnisse, deren Widersprüche den Wunsch nach einer besseren Alternative hervorrufen. Da aber selbst noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die reale Struktur der durch die Industrialisierung umgewälzten bürgerlichen Gesellschaft unklar gewesen sei, habe die konstruierte utopische Gegenwelt der Klassiker dieser Denktradition seit Morus die zukünftige vollkommene Gesellschaftsformation nicht nur lediglich spekulativ reproduziert. Auch die angegebenen Mittel zur Erreichung dieses Ziels mußten nach *Marx* und *Engels* notwendig in die Irre führen. Insbesondere seien den Utopisten angesichts des geringen Grades der Industrialisierung die materiellen Bedingungen der Befreiung des modernen Proletariats verborgen geblieben: Sie hätten aus diesem Grund auch nicht erkennen können, daß es sich bei ihm keineswegs um ein leidendes Objekt, sondern um das welthistorische Subjekt handelt, das mit seiner eigenen Befreiung die angestrebte kommunistische Gesellschaft selbst hervorbringt.

Das klassische utopische Denken wurde gleichwohl von *Marx* und *Engels* nicht pauschal verworfen. Insbesondere *Kautsky* bemühte sich um den Nachweis, daß das Genre der politischen Utopie im »Wissenschaftlichen Sozialismus« »aufgehoben« sei. Für ihn wie für den klassischen Marxismus überhaupt markiert also das Werk von *Marx* und *Engels* zugleich die entscheidende Zäsur in der Entwicklung des utopischen Denkens: »Notwendige« Utopien sind ihnen zufolge solche Wunschbilder einer zukünftigen Gesellschaft, die als Vorläufer des marxistischen Sozialismus gelten können; »nichtnotwendige«, ja reaktionäre Utopien sind dagegen konstruierte Gesellschaftsbilder, die hinter die Standards des von *Marx* und *Engels* entwickelten historischen Materialismus zurückfallen, weil sie die schlechte Wirklichkeit des Kapitalismus nur reproduzierten.

Die Väter des »wissenschaftlichen Sozialismus« haben dann auch nicht gezögert, ein striktes utopisches Bilderverbot hinsichtlich aller zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungen zu verhängen, deren Ausgang sie – von einigen allgemeinen Prinzipien abgesehen – dem historischen Prozeß und seinen Kontingenzen selbst überließen. Es ist ein großes Verdienst des vorliegenden Versuches über »Necessary and Unnecessary Utopias«, die Grundlagen eines neuen sozialistischen Projekts im neuen Jahrtausend zu reflektieren, daß er sich ausdrücklich von dem orthodoxen Standpunkt distanziert, der utopisches Denken schon deswegen als »unwissenschaftlich« abtut, nur weil es utopisch ist. Gerade angesichts des Zusammenbruchs der kommunistischen Regimes in Mittel- und Osteuropa, der Problematik eines »dritten Weges« im Sinne *Tony Blairs*, der die soziale Demokratie mit dem Sozialismus gleichsetze, und der Herausforderung der neo-liberalen Restauration im globalen Maßstab sei das Denken in imaginären Kategorien notwendiger denn je (VII). Doch die alte, bereits von *Kautsky* aufgeworfene Frage bleibt: Wie muß eine für die Erneuerung des sozialistischen Projekts »notwendige« Utopie aussehen? Und woran läßt sich eine »nichtnotwendige« Utopie erkennen, die dem Ziel eines erneuerten Sozialismus eher schadet als nutzt, weil sie in eine Sackgasse führt?

Zur Klärung dieser Frage werden in dem vorliegenden Band verschiedene Politikfelder untersucht: Sie reichen von der möglichen Rolle des Marktes in einem erneuerten sozialistischen Projekt (*Diane Elson*) und der Kritik an der Konzeption eines »Dritten Weges« sozialdemokratischer Provenienz (*Alan Zuege*) über die Struktur utopischer Familien (*Johanna Brenner*) und die Notwendigkeit feministischer Perspektiven (*Frigga Haug*) bis hin zur »schwarzen« Utopie der Gentechnologie (*Varda Burstyn*) und dem rechtsradikalen Populismus in den USA am Vorabend des Millenniums (*Carl Boggs*), um nur einige »Fallbeispiele« zu nennen.

Mehr programmatischen Charakter lassen demgegenüber die Aufsätze von *Leo Panitch*, *Sam Gindin*, *Terry Eagleton* und *Norman Geras* erkennen. Sie gehen von der zutreffenden Annahme aus, daß *Marx* und *Engels* ihr Lebenswerk zwar der Untersuchung der

politischen Ökonomie der industrialisierten bürgerlichen Gesellschaft gewidmet haben. Dennoch seien ihre Analysen erfolgt im Licht einer möglichen alternativen Sozietät, der die zentralen Defizite ihres Untersuchungsgegenstandes gerade abgehe.

So gesehen, könnten sie zwar nicht als Utopisten im engeren Sinne gelten. Wohl aber enthielten ihre empirischen Analysen utopische Potentiale, die andeutungsweise in der »Deutschen Ideologie« und in der »Kritik des Gothaer Programms« sichtbar werden. An diese Potentiale knüpfen vor allem *Panitch*, *Gindin* und *Geras* an, wenn sie das Kriterium »unnötiger Utopien« benennen und das Szenario »notwendiger Utopien« entfalten.

Es ist interessant, wie stark sich die Autoren dem »klassischen« Utopiediskurs annähern, wenn sie alle fiktiven Zukunftsszenarien als »Sackgassen« denunzieren, die auf harmonisierende gesellschaftliche Wunschbilder setzen, aber gleichzeitig die entscheidende Ursache für das menschliche Elend, das sie beenden wollen, beibehalten, nämlich die kapitalistische Eigentumsverfassung (vgl. 6 - 13). Aber auch das positive Szenario einer »notwendigen« Utopie, das *Panitch* und *Gindin* zeichnen, ist durchaus vereinbar mit zentralen Strukturmerkmalen der klassischen Utopietradition. Die Forderung, hierarchische Strukturen im Arbeitsprozeß durch eine Verringerung der Arbeitsteilung zu erreichen, findet man in vielen Utopien der Renaissance und der Reformation ebenso wie die demokratische Orientierung des Konsums am Allgemeinwohl. Das Postulat einer alternativen Lebensweise, die stärker an der kommunalen Lebenswelt jenseits der Kernfamilie orientiert ist, zieht sich wie ein roter Faden durch die Tradition des utopischen Denkens seit Platon. Zwar gingen die archaischen, d. h. herrschaftsbezogenen Utopien in der Regel von staatlich regulierten Planwirtschaften aus. Doch sind den utopischen Autoren sozialisierte Märkte mit »egalitärer Verteilung der wirtschaftlichen Macht« (23) keineswegs fremd. Wenn schließlich *Norman Geras* eine »Minimal-Utopie« fordert, deren Ziel die Versorgung aller mit genießbarem Wasser, Unterkunft, Gesundheitsvorsorge und die Garantie fundamentaler Rechte der Meinungs-, Glaubens- und Versammlungsfreiheit sowie eine Ethik der gegenseitigen Hilfe

ebenso ist wie die weltweite Ächtung willkürlicher Verhaftung, Folter und Völkermord (45), so werden genau die Ziele und Motive genannt, die utopisches Denken seit der frühen Neuzeit initiiert haben.

Solange diese Forderungen nicht global erfüllt sind, so lautet die Botschaft des vorliegenden Bandes, wird das utopische Denken ebenso eine Zukunft haben wie das sozialistische Projekt. So besteht das bleibende Verdienst des vorliegenden Bandes nicht darin, endgültige Antworten auf ein Menschheitsproblem gegeben zu haben. Aber er hat eine Diskussion eröffnet, deren Relevanz weit über den Kreis jener hinausgeht, die einen erneuerten Marxismus anstreben.

RICHARD SAAGE

Stefan Ryll, Alparslan Yenil (Hg.):  
Politik und Ökonomie.  
Festschrift für Gerhard Huber,  
Metropolis-Verlag Marburg 2000,  
420 S. (78,00 DM)

Anders als im Osten, wo abgewickelten und ausgegrenzten Wissenschaftlern in der Regel keine Ehren mehr zuteil werden, sind im Westen Dienstjubiläen und runde Geburtstage von herausragenden Hochschullehrern häufig Anlaß für Konferenzen und Festschriften. So ist das vorliegende Buch dem Politik- und Wirtschaftswissenschaftler *Gerhard Huber* (FU Berlin) gewidmet. Es ist ein opulenter Band mit einer Vielzahl von Beiträgen unterschiedlicher Qualität und Provenienz, sehr geeignet zum Blättern und Schmökern, weniger aber für eine systematische Lektüre. Der Sammelbänden ohnehin häufig anhaftende Mangel, immer zu viele Themen anzuschneiden, die in keinem erkennbaren Zusammenhang stehen, tritt hier besonders deutlich zutage. Auch wenn es zutrifft, daß den Jubilar eine »ungewöhnliche, theoretische Breite und Tiefe in der analytischen Durchdringung ökonomisch-sozialer Problemlagen, gestützt auf ein fast lexikalisches Gedächtnis, eine breite, sozialwissenschaftlich-historische und philosophische Bildung sowie eine präzise und klare Sprache« (S. 20) auszeichnen, wie die Herausgeber glaubhaft versichern, so geht die

thematische Breite des Buches doch selbst darüber noch hinaus. Der Leser findet hier neben ethischen, moralphilosophischen und theoriehistorischen Arbeiten zur politischen Ökonomie Aufsätze zu speziellen makro-, mikro- und strukturökonomischen Themen sowie empirische Analysen zur Einkommens- und Vermögensverteilung – einem alten Forschungsthema *Hubers*. Daran schließen sich Arbeiten zur Transformations- und Zukunftsforschung an sowie zum europäischen Integrationsprozess. Ferner zur Kulturtheorie, Sozialwissenschaft und Altertumskunde. Einige Arbeiten weisen einen direkten Bezug zu *Gerhard Hubers* wissenschaftlicher Biographie auf, andere vielleicht einen indirekten, einige, insbesondere die letzten fünf, jedoch keinen. Nichtsdestoweniger handelt es sich aber auch bei diesen Arbeiten um interessante und lesenswerte Texte – sie passen nur nicht so richtig in dieses Buch.

In einem ausführlichen Vorwort vermittelt *Wolfgang Frühwald* einige sehr persönlich gehaltene Einblicke in das Leben des Jubilars, welcher 1972 von München aus, wo er unter anderem einen Lehrauftrag für Marxsche Ökonomie wahrgenommen hatte, nach Berlin gekommen ist, um hier politische Ökonomie zu lehren. Ein heute schier undenkbarer Vorgang! Sein wissenschaftliches Interesse galt vor allem der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland und der mathematischen Untersetzung politökonomischer Aussagen. Nur »seinem wissenschaftlichen Gewissen verpflichtet, selbstlos und qualitätsbewusst«, hat er sich so »in einem 40 Jahre umfassenden Leben als Lehrer und Forscher« (S. 17) einen Namen gemacht.

Unter den Beiträgen des Jubiläumsbandes sind besonders hervorzuheben der Aufsatz zur »Transformation von Werten in Preise« von *Georg Quaas*, welcher an *Hubers* Lösungsansatz des Marxschen Transformationsproblems anknüpft und diesen produktiv weiterführt, ferner die Aufsätze von *Peter Kalmbach* (»Produktlohn und Reallohn«) und von *Heinz D. Kurz* (»Das Kornmodell und seine Folgen«), da sie bekannte wissenschaftliche Fragestellungen in neuer Diktion behandeln. Weniger originell, aber trotzdem lesenswert ist der Text von *Felix Büchel*, *Joachim Frick* und *Peter Krause* zur arbeitsreduzierenden

Wirkung öffentlicher Transfers. Ebenso der Aufsatz von *Richard Hauser* und *Holger Stein* zu den Verteilungsunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland. In diesem Beitrag wird zum Beispiel herausgearbeitet, daß es letztlich die Vermögensverteilung ist, die maßgeblich die Einkommensverteilung bestimmt, und darüber hinaus die »Verteilung der Startchancen der jungen Generation«, die »Verteilung des Konsums im Ruhestands- alter« und die »Entscheidungen im Unternehmensektor« (S. 212). Es wird die Frage aufgeworfen, wie sich hierauf die Privatisierungsaktivitäten der Treuhandanstalt und die Rückerstattungsregelungen ausgewirkt haben und welcher Teil des Haus-, Grund- und Unternehmensvermögens in den neuen Ländern »in die Hände von Westdeutschen und von Ausländern« übergegangen ist. Erwähnenswert sind auch die Überlegungen von *Hartmut Kaelble* zum Wandel der Einkommensverteilung während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. *Kaelble* analysiert in diesem Aufsatz Trends der Zu- und Abnahme der Einkommensungleichheit und stößt dabei auf interessante, bisher noch wenig diskutierte Entwicklungsmuster. Da auch dieser Aufsatz Bezüge zum Werk des Jubilars aufweist, ist er in diesem Band richtig plaziert.

Für die Texte im letzten Teil gilt dies nur eingeschränkt. *Alparslan Yenal* zeigt in seinem Beitrag, daß die Osterweiterung der Europäischen Union, trotz aller Beteuerungen der Politiker, letztlich ein sehr »gewagtes Unternehmen« (S. 335) darstellt, welches nur dann erfolgreich sein kann, wenn in den Beitrittsverhandlungen »konstruktive Übergangsregelungen« gefunden werden. »Am Ende dieses Beitrittsprozesses wird eine andere EU entstanden sein« (S. 335) – wer will dies bezweifeln?! *Hans-Jürgen Wagener* setzt sich mit der Frage auseinander, welche Optionen es in Mittel- und Osteuropa gab (und gibt), um die Transformationskrise zu überwinden (S. 311 ff.). Weiter hinten erfahren wir dann noch etwas über eine Theorie der Ethik, über das klassische Problem der Wahrheitssuche und über das historische Schicksal des Typs des Intellektuellen.

In seinem Beitrag »Eine Art Geschäftsauflösung«, dem vorletzten des Bandes, charakterisiert *Arnhelm Neusüss* den Intellektuellen als



»Sinnstifter«, was immer auch »Anstifter« heißt, »also Ideologe«: »Sein Kopfwerk ist die Konzeption des sozialen und individuellen Menschenlebens so, wie es der ›Wahrheit‹ entspräche, was natürlich etwas anderes heißt als dessen empirisch verpflichtete Darstellung« (S. 387 f.). Wäre es hier nicht angebracht gewesen, einen Bezug zur Person wie zum Werk des Jubilars herzustellen? Leider geschieht dies mit keinem Wort.

ULRICH BUSCH

**Siegfried Wenzel:  
Was war die DDR wert?  
Und wo ist dieser Wert geblieben?  
Versuch einer Abschlußbilanz.  
Verlag Das Neue Berlin 2000,  
304 S. (29,90 DM)**

Zum wiederholten Male meldet sich *Siegfried Wenzel*, Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR und damals verantwortlich für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, mit einer kritisch-selbstkritischen Analyse seines früheren Arbeitsgebietes, der DDR-Wirtschaft und dem, was von ihr bleiben durfte, zu Wort. Im vorliegenden Buch hat er verschiedene, u. a. bei der »Hellen Panke« e. V. Berlin gehaltene Vorträge zusammengefaßt und erweitert. Das geht leider ein wenig zu Lasten der Stringenz und einer gelegentlich ausführlicheren Polemik mit heutigen Einschätzungen der DDR-Wirklichkeit. Aber im Unterschied zur gängigen Memoiren-Literatur anderer einstiger Verantwortungsträger sucht *Wenzel* sichtlich eine tragfähige Basis für die Bewertung einer untergegangenen Gesellschaft und ihrer Wirtschaft. Er scheut sich nicht, seine Meinung zu ungerichteten Einschätzungen zu äußern und diese Positionen aus seinem Erfahrungswissen heraus zu widerlegen. Zugleich unterzieht er die Vereinigungspolitik ab 1990 einer fachlichen Kritik und wirft nicht zuletzt auch prinzipielle Probleme einer künftigen alternativen Wirtschaftspolitik auf.

Im I. Kapitel wendet sich der Autor dagegen, daß die DDR 1989 im landläufigen Sinne bankrott gewesen wäre. Bis zum letzten Tag ihrer Existenz habe sie alle Aufgaben als Wirtschaftssubjekt – von der Gehaltszahlung bis

zur Begleichung der Auslandsverbindlichkeiten – wahrnehmen können. Eingeräumt wird allerdings, daß binnen drei, vier Jahren eine tatsächliche Zahlungsunfähigkeit der DDR gegenüber ihren ausländischen Gläubigern eingetreten wäre. Und er korrigiert auch nicht die Erwartung, daß eine konsequente Wirtschaftsreform einen Verlust von 30 Prozent des Lebensstandards nach sich gezogen hätte.

Aber weder die Innen- noch die Außenverschuldung habe die DDR 1989 handlungsunfähig gemacht und rechtfertige die gängige abwertende Betrachtung ihrer Wirtschaft. Bemerkenswert sind die Ausführungen zu den Auslandsschulden der DDR. Sie haben in den letzten zehn Jahren eine wundersame Minderung von 29 Mrd. US-\$ in einer ersten Analyse für das Politbüro Ende Oktober 1989 auf wohl 12 Mrd. US-\$ laut Deutscher Bundesbank 1999 durchgemacht. Die in diesem Zusammenhang konstatierte »Entdramatisierung der Schuldensituation der DDR« ist nun allerdings Beleg für einen Staat mit Wirtschaftsmonopol, der nicht einmal in der Lage war, seine eigenen Schulden zu kennen. Zugleich wird übersehen, daß die DDR, unabhängig von der realen Summe, mindestens seit Beginn der achtziger Jahre politisch erpreßbar war.

So stimmig seine Erklärungen und Rechnungen sind – gerade gegen die unterstellte Wertlosigkeit der DDR im Einigungsprozeß –, so problematisch bleibt eine einseitige wirtschaftliche Betrachtung. Auch wenn er sich insbesondere im III. Kapitel zum Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der DDR äußert, ist auffällig, daß die dortige Polemik gegen die Unterstellung, »die DDR sei eine Mangelwirtschaft« gewesen, eine unverzichtbare komplexere Betrachtung gesellschaftlicher Phänomene – so auch der DDR – ausblendet.

Die finale Krise der DDR resultierte nicht zuletzt aus den ausgebliebenen ökonomischen Realisierungsbedingungen für die konsumtiven Erwartungen großer Teile der DDR-Bevölkerung. Nicht Hunger trieb sie auf die Straße, aber sie waren langer Wartezeiten für Autos, langer Schlangen und Versorgungsengpässe leid. Da im Unterschied zu den kapitalistischen Marktwirtschaften im Realsozialismus letztlich Staat und führende Partei eine Gesamtverantwortung beanspruchten, war der

Adressat der Kritik und des Unwillens des Volkes eindeutig.

*Wenzel* verweist mehrfach auf die »genetischen Fehler des sozialistischen Gesellschaftsmodells« (S. 15): das Wahrheits- und Weisheitsmonopol der Partei, das Prinzip des »demokratischen Zentralismus« und die Unterordnung der Wirtschaft unter ein Primat der Politik. Das mußte wesentlich die Spielräume für eine Weiterentwicklung von Politik und Wirtschaft einschränken und verhinderte, sich auf neue weltwirtschaftliche Verhältnisse einzustellen. Überzeugend legt er die Ursachen der schlechteren ökonomischen Ausgangsbedingungen der DDR dar. Er verweist auf die materiellen und personellen Kriegsfolgen, die Reparationen, die Abhängigkeit von der östlichen Supermacht und die Konsequenzen der Systemkonkurrenz mit Westdeutschland. Zu ergänzen bleibt, daß alle Schwächen der DDR eben auch die Grenzen und genetischen Fehler des gesamten Ostblocks waren und insofern die DDR-Belege nur diesen Sonderfall illustrieren. Unter gingen all diese Staaten in Europa.

Eine detaillierte Auseinandersetzung mit der DDR-Wirklichkeit im II. Kapitel ist der Ausgangspunkt für seine zentrale Aussage, daß der Transformationsprozeß im Zuge der deutschen Einheit als ein Überstülpungs- und Ent eignungsprozeß zu charakterisieren sei. Nur wenn man – wie der Autor – von einer ökonomischen Substanz der DDR ausgeht, ist die westdeutsche Aufrechnung, daß nur Schulden geerbt wurden, zu widerlegen. Das erfolgt gründlich und es bleibt die auch beantwortbare Frage, wo die zirka 600 Mrd. DM DDR-Vermögen geblieben sind – sicher nur zu maximal 5 Prozent in ostdeutscher Hand, wenn als Referenz die Zahl der privatisierten Unternehmen herangezogen wird. Grund und Boden, NVA-Eigentum oder Auslandsobjekte sind andere wundersam verschwundene DDR-Alt«lasten«, über die keiner mehr reden mag. Entscheidend ist, daß »eine bestimmte marktwirtschaftliche Logik (darin besteht), daß Unternehmen und Betriebe ... nicht zum »Substanzwert«, sondern nur zum »Ertragswert« verkauft« wurden (S. 157). Hier setzt sein Vorwurf an eine völlig verfehlte Politik der überstürzten, unabgefederten DM-Einführung und schließlich der Privatisierung durch die Treuhandanstalt an. Die DDR-Unternehmen konn-

ten keinen Ertrag mehr bringen. Beide Faktoren sorgten dafür, daß zuvor bei entsprechenden Rahmenbedingungen durchaus leistungsfähige, aber vielfach nicht moderne und weltmarktfähige Betriebe über Nacht zu Anachronismen wurden.

Im abschließenden IV. Kapitel plädiert *Wenzel* für ein sorgfältiges Lernen aus der Misere der Planwirtschaft und den Erfahrungen der Marktwirtschaft. Beide seien allein offenkundig nicht in der Lage, im Interesse der Menschen wirtschaftliche wie soziale Prozesse auf Dauer zu gestalten. Sein Plädoyer zielt gegen verkürzte Eigentumsdiskussionen und Verstaatlichungsträume. Er sieht in Klein- und Mittelunternehmen, aber auch den großen Aktiengesellschaften die künftigen Wirtschaftssubjekte, bei denen es weniger um die klassische Eigentumsfrage als um die Verfügungsgewalt geht. Staatliches und genossenschaftliches Eigentum haben hier ebenso ihren Platz. Er präferiert indirekte Steuerungsinstrumentarien, insbesondere durch eine Steuer- und Finanzpolitik. Leider keine Rolle spielt in seinen Überlegungen eine mögliche und wohl unverzichtbare Rolle von Wirtschaftsdemokratie in den Unternehmen und die Frage der Formulierungs- und Realisierungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Zielsetzungen für die Wirtschaft.

*Wenzel* wirft sowohl im Rückblick auf die DDR als auch im Ausblick auf eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung entscheidende Fragestellungen auf. Sein Buch schließt ein wenig die erhebliche Lücke, die gerade bei der ökonomischen Analyse des Gewesenen und bei der realistischen Antizipation künftiger Politik nicht nur aus ostdeutscher Sicht existiert. Es sollte Anregung für weiteres Suchen sein und weniger für den Streit um das eine oder andere Prozent der einstigen DDR-Arbeitsproduktivität oder diese oder jene Milliarde DM-Auslandsschulden der DDR.

STEFAN BOLLINGER

## Entschuldigung

Durch ein technisches Versehen wurde in Heft 126, S. 313, das Foto unserer Autorin Gisela Neunhöffer nicht belichtet. Wir bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion